

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ und „Der Jugendwelt“. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zahlung ins Haus monatlich 21.— M. ...

Die Jahrgangspresse-Kontingente über deren Raum kostet 8.— M. einschließlich ...

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die englisch-französischen Differenzen

### Die Grundlage der Konferenz

Im Daily Chronicle erörtert der sehr gut unterrichtete „Politikus“ die Frage der Aufrechterhaltung der englisch-französischen Entente und schreibt, die Tatsache, daß die alte französisch-englische Entente heute keine feste Grundlage habe, bedeute keineswegs, daß nicht morgen eine feste Grundlage gefunden werden könne. Die augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich betreffen zwei fundamentale Fragen, die Reparations- und die Rüstungsfrage. Die russischen und die türkischen Fragen seien im Vergleich dazu von untergeordneter Art. Der Standpunkt Frankreichs sei, Deutschland müsse bezahlen, und wenn es dabei zugrunde gehe, der englische Standpunkt dagegen sei, eine endgültige Regelung der Reparationsfrage auf praktischer Grundlage führe zum Wiederaufbau des europäischen Handels, was für den Bestand Englands wesentlich sei. Dafür werde England selbst bereit sein, seine Forderungen an Deutschland zu freieren.

In der Rüstungsfrage seien die Franzosen der Ansicht, Europa werde stets der Schauplatz bleiben, wo unter dem System von Bündnissen, Rüstungen und des Gleichgewichts der Mächte von Zeit zu Zeit Kriege geführt würden. Nur diejenigen Länder würden nach der Ansicht der Franzosen bestehen bleiben und ihre Macht erhalten, die auf ein wohlgeübertes Heer vertrauen. England dagegen sei der Ansicht, es drehe sich nicht allein um feinerer kriegerischer Gewalt von seiten Deutschlands im gegenwärtigen Augenblick, sondern es bestehe sogar die wirkliche Hoffnung, daß der Friede und die Sicherheit Europas auf eine andere Grundlage gestellt werden könnten, als auf die militärische Vorherrschaft einer einzigen Macht. „Politikus“ ist der Ansicht, es würde sich für England lohnen, Frankreich und Belgien ein Vorrecht an den Reparationen zu geben und die Neutralität der Rheinlande zu garantieren, wenn es im Austausch möglich sein würde, eine dauernde Regelung sowohl der Reparationsfrage als auch der Rüstungsfrage in Europa zustande zu bringen. Dies sei die wirkliche Grundlage der Konferenz von Cannes. Es sei zweifelhaft, ob die Konferenz von Cannes mehr als einen Anfang machen könne. Die Schwierigkeit liege nicht bei den politischen Führern, sondern bei der öffentlichen Meinung.

### Scharfe Kritik an Lloyd George

Im Gegensatz zu der Auffassung, daß Lloyd Georges Politik den Wiederaufbau Europas ermöglichen werde, hat kürzlich ein Artikel in der englischen Zeitschrift „The Nation“, den der „Sozialist“ wiedergab, darauf hingewiesen, daß es gerade die bisherige Politik Lloyd Georges gewesen sei, die zu den jetzigen so unangünstigen Stande der Dinge geführt habe. „The Nation“ faßt die Ergebnisse dieser Politik folgendermaßen zusammen:

Der Kaiser ist nicht gehängt worden — man hat es nicht einmal versucht. Man hat die Deutschen nicht zum Zahlen gezwungen, und sie können uns auch nicht zahlen, wenn wir ihnen nicht unser eigenes Geld leihen, um es zu tun. Ihre Handelsflotte haben wir wirklich bekommen, und viele von unseren eigenen Schiffen liegen in unseren Häfen und Flüssen und rosten. Jede wirtschaftliche Sünde aus dem Verträge und der Zeit des Vertrages ist über unsere eigenen Häupter gekommen. Wir zogen unsere Profite aus Kohle den Franzosen gegenüber, bis wir sie in den Zustand der Verteidigung trieben, so daß sie ihren Kohlenexport von Deutschland erzwangen. Infolgedessen hörte unser Kohlenexport auf, und weil unserer Schifffahrt ihre Exportladungen an Kohle fehlen, sieht sie die historische Grundlage des Unternehmens schwinden. Wir zwangen Deutschland, ein tüchtiger Exporteur in Fabrikwaren zu werden, um die Entschädigung zu bezahlen. Und gerade die Erschütterungen, die es erlitten hat, von dem Augenblicke an, wo die erste Veröffentlichung der Friedensbedingungen den Sturz der Mark bewirkte, bis zu der letzten Entscheidung über Oberschlesien, machte es nur zu einem um so gefährlicheren Konkurrenten, denn da es seine Arbeit in Mark bezahlt, die zwischen dem Werte eines Penny und eines Tausendstel Pfund schwankt, hatte es den Vorteil vor der Arbeit, die in Sterling bezahlt wird. Und das war nicht alles. Die Entschädigung zwang Deutschland, anzuführen, aber sie verbot ihm, einzuführen, und so wurden unsere besten Märkte im Ausland verfallen.

Eine Zeitlang dachten unsere Industriellen, sie könnten sich an dem südamerikanischen Markt schadlos halten. Nach einem vorübergehenden Aufschwung erkannten sie, daß Südamerika, das nicht mehr an Deutschland verkaufen konnte, bald nicht mehr von uns kaufen konnte. Mittelamerika hat aufgehört, ein Käufer auf dem Weltmarkt zu sein, und bei unserem erschütterten Exporthandel geht die Zahl unserer Arbeitslosen in die zweite Million. Wenn die Dinge so weitergehen, kommen zwei Endergebnisse in Betracht. Das eine wäre das Sinken der Lebenshaltung unserer Bevölkerung auf das Niveau der Völker der Polen. Aber selbst dann ist es zweifelhaft, ob wir auf dieser Grundlage der Schwarzarbeit unsere Märkte wiedergewinnen und unsere Nahrungsmittelaufkäufe im Ausland mit besserem Export balancieren

könnten. Wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß es uns auf die Dauer nicht gelingen wird, eine Bevölkerung von fünfzig Millionen auf unseren Inseln zu ernähren. „The Nation“ verlangt schließlich, daß man die Lösung der schwierigen Aufgabe, die politische Ordnung in der Welt wiederherzustellen, nicht „den wechselnden und widerspruchsvollen Phantasieren eines genialen Amateurs“ überlassen solle. Sie könne nur durch Studium und Beratung gelöst werden und durch die Berufung der besten Köpfe unserer Zivilisation, seien es englische, französische oder deutsche. Der erste Schritt sei, eine Verständigung mit Frankreich herbeizuführen. „Das kann nicht dadurch geschehen, daß wir nur über seinen Imperialismus in Europa herziehen, während wir unserem eigenen in Ägypten, Indien und der Türkei folgen.“

### Die Reise Rathenaus nach Cannes

Zur Reise Dr. Rathenaus nach Cannes schreibt der „Sozdem. Parlamentsdienst“: „Rathenau, der durch sein Verhalten in London und durch seine alten Verbindungen mit englischen Finanzkreisen sich auch innerhalb der englischen Regierung Sympathien erworben hat, wird mit der Konferenz in ständiger Verbindung bleiben und auf Wunsch der Alliierten Auskünfte erteilen. Die Anwesenheit Rathenaus in Cannes ist um so mehr zu begrüßen, als die mündlichen Verhandlungen des Vorsitzenden der deutschen Kriegslafentkommission, Staatssekretär Fischer, mit der Reparationskommission über die deutschen Rückfragen nicht zu einem endgültigen Ergebnis geführt haben, und somit über die Angelegenheit der Januar- und Februarzahlungen hinaus in Cannes bestimmt das gesamte Reparationsproblem aufgerollt werden wird. Eine schriftliche Beantwortung der Rückfragen der Reparationskommission kommt nicht in Frage, da sich die Reparationskommission mit den Auskünften des Staatssekretärs Fischer zufriedengegeben hat.“

### Amerika und die europäische Konferenz

London, 4. Januar. Reuters meldet aus Washington, Präsident Harding und das amerikanische Kabinett verbrachten zwei Stunden mit der Erörterung der europäischen Wirtschaftslage. Amlich wird mitgeteilt, daß keinerlei Beschluß bezüglich der amerikanischen Politik in der Frage der Teilnahme an einer europäischen Konferenz gefaßt wurde. Bis her sei von seiten der europäischen Mächte kein offizieller oder halb-offizieller Vorschlag für eine Beteiligung an Präsident Harding gelangt.

### Ein Komödienstück in Sicht

Wir haben vor einigen Tagen berichtet, daß die Untersuchung in der Nordische Erzberger das Weitehen einer großen Geheimorganisation ergeben hat, die sich über ganz Deutschland erstreckt. Es handelt sich um die Organisation C (Consul-Ehrhardt), von der erst lehtthin wieder gemeldet wurde, daß sie auch im besetzten Gebiet verbreitet ist und dort eine sehr rührige Tätigkeit entfaltet. So wurde zum Beispiel vor Weihnachten in Düsseldorf von der Besatzungsbehörde ein Nest ausgehoben, und über 40 Personen konnten dabei verhaftet werden. Die Untersuchung gegen die Geheimorganisation ist bisher von der badischen Oberstaatsanwaltschaft geführt worden. Jetzt melden die „Münchener Neuesten Nachrichten“, daß die weitere Untersuchung dem Münchener Gericht übertragen werden soll und daß auch die Verhandlung gegen die Beschuldigten in München vor sich gehen soll.

Wenn diese Meldung den Tatsachen entspricht, dann muß gegen dieses Vorhaben der allerheftigste Protest eingelegt werden. Findet die weitere Untersuchung und der Prozeß gegen die Geheimbündler in München statt, dann wird das Gesamtergebnis gleich Null sein. Die Geheimorganisation hat nachgewiesenermaßen bei den verschiedensten Münchener Behörden ihre Mitverschworenen. So war unter anderem der frühere Münchener Polizeipräsident Pöchner in ihre Pläne eingeweiht, ebenso unterhielt der frühere Kultusminister Dr. Roth mit den Verschwörern sehr enge Beziehungen. Auf diese Weise war es möglich, daß die Rörder Erzbergers, die im Auftrage der Geheimorganisation Ehrhardt gehandelt haben, vor der Verhaftung gewarnt werden und sich rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten.

Eine Verhandlung in München würde also nichts weiter als ein übles Komödienstück werden. Will das der republikanische Reichsjustizminister dulden? Wir betonen noch einmal: Eine Verhandlung in München wird der Geheimorganisation nichts schaden. Sie wird, wie die Dinge liegen, vielmehr gestützt und zu neuen Schlägen gestärkt aus dem Prozeß hervorgehen.

Die Arbeitslosigkeit in Wien. Die Zahl der bei den Wiener Arbeitslosenämtern vorgemerkten Arbeitnehmenden ist in der Zeit von Anfang bis Ende November von 19 994 auf 18 937 gesunken.

## Fürsorge oder Versicherung

Uns wird aus Sachreisen geschrieben: Die Volkswirtschaftler und Juristen haben sich vor dem Kriege über die Rechtsnatur der Arbeiterversicherung, d. h. darüber gestritten, ob die staatliche Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung eine Fürsorge oder eine Versicherung sei. Schließlich klärten sich die Anschauungen dahin, es handele sich um eine Fürsorge, die allerdings in mehrfacher Hinsicht eine Versicherungsform angenommen habe. Die Regierung hatte dies auch schon früher bei Schaffung der einzelnen Gesetze ausgesprochen, denn namentlich erwirbt der versicherte Arbeiter oder Angestellte sowohl aus der Kranken- als auch aus der Unfallversicherung bestimmte Rechte, ohne daß er persönlich alle diejenigen Voraussetzungen erfüllt, die sonst bei einem Versicherungsvertrage notwendig sind. In dem Entwurfe des Invalidenversicherungsgesetzes hatte die Regierung dargelegt, das allgemeine Interesse an dieser sei so groß, daß sich das Reich nicht damit begnügen dürfe, lediglich die Arbeiter und Unternehmer zu Aufwendungen für den erstrebten Zweck anzuhalten; ein Teil der erforderlichen materiellen Opfer müsse auf allgemeine Rechtsmittel übernommen werden; dazu komme noch die Erwägung, daß gerade durch die Alters- und Invaliditätsversicherung eine erhebliche Erleichterung der öffentlichen Armenpflege eintrete. Die damaligen Träger der öffentlichen Armenpflege, die öffentlichen Armenverbände, waren durch die Armenengesetzgebung so ungleichmäßig betroffen, daß die Uebernahme wenigstens eines Teiles der Armenlast auf das Reich wünschenswert erschien.

In der Tat war die im monarchistischen Deutschland so viel gerühmte kaiserliche Sozialversicherung in Wirklichkeit nur eine verbesserte Armenpflege, indem durch sie an deren Stelle dem versicherten Arbeiter ein Rechtsanspruch auf Unterstühtungen geboten wurde. Diese Sozialversicherung war aber auch eine verbesserte Armenpflege, indem nämlich die Leistungen der neuen Versicherungszweige zwar nicht höher als die Armenfürsorge, wohl aber von vornherein zeitlich begrenzt (wie bei der Krankenversicherung) oder von der Zurücklegung bestimmter Barzeiteiten (wie bei der Invalidenversicherung) abhängig waren.

Die jetzt geforderte Fürsorge spricht aus, daß der einzelne Arbeiter einen Rechtsanspruch auf Unterstühtung haben müsse, wenn er durch Krankheit, durch Unfall oder infolge von Invalidität oder hohen Alters erwerbsunfähig wird. Diese Fürsorge muß auch denjenigen zuteil werden, die infolge der mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verbundenen Konjunkturschwankungen arbeitslos werden. Die Versicherung sagt hingegen, du kannst einen Anspruch nur geltend machen, wenn du Zeit gehabt hast, vor dem Eintritt eines dieser unglücklichen Zufälle für eine bestimmte Zeitdauer entsprechende Beiträge zu leisten. Uebertrahst dich die Erwerbsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit früher, so bekommst du nichts. Die Versicherung will also den einzelnen für die Schäden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verantwortlich machen.

Im Gegensatz zu der im kaiserlichen Deutschland geschaffenen Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung ist im November 1918 eine Erwerbslosenfürsorge geschaffen worden, die die Gewährung von Unterstühtungen nicht von der vorherigen Erwerbungs von Anwartschaften, mittels der Zahlung von Beiträgen abhängig macht. Die Unternehmer und die hohe Bürokratie sind bereits seit längerer Zeit bestrebt, die Erwerbslosenfürsorge abzubauen und dafür eine Arbeitslosenversicherung einzurichten. Der Allgemeine freie Angestelltenbund (A.F.A.) wehrt sich dagegen; auch die Gewerkschaftsblätter der Textilarbeiter, Schuhmacher und Dachdecker haben sich dagegen ausgesprochen. Aber das Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (A. D. G. B.) tritt unterm 31. Dezember 1921 für die Arbeitslosenversicherung mit dem Hinweis ein, daß der Münchener Gewerkschaftskongreß im Jahre 1914 sich einstimmig nicht für eine Arbeitslosenfürsorge, sondern für eine öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung ausgesprochen habe. Tatsächlich ist damals sich solcher Beschluß gefaßt worden; seitdem aber haben sich sowohl politisch als auch wirtschaftlich mancherlei Dinge ereignet, die gewiß keine Kleinigkeiten waren und die man daher nicht gänzlich unbeachtet lassen kann. Wenn sich im Jahre 1921 das Korrespondenzblatt des A. D. G. B. auf den Münchener Kongreßbeschlüß beruft, so kann man wohl fragen, warum es nicht schon im Jahre 1918 gegen eine Erwerbslosenfürsorge protestiert und verlangt hat, daß bevor Arbeitslosenunterstühtung gezahlt wird, erst nach dem Versicherungsprinzip eine Ansammlung von Kapitalien stattfindet.

Aus den Ausführungen des Korrespondenzblattes kann man den Schluß ziehen, daß es sich bei seiner Stellungnahme von der Auffassung hat leiten lassen, daß wir bisher eine Sozialversicherung für Kranke und Invalide gehabt haben und daß deswegen eben die Versicherungsform das Geeignete sei. Was nützt aber der Arbeiterklasse jeder politische Fortschritt, wenn sie ihn nicht sozialpolitisch auswerten will, wenn sie nicht wenigstens den Versuch machen will, die bis-

herige sogenannte Sozialversicherung mit sozialem Geiste zu erfüllen?

Die gegenwärtige Erwerbslosenfürsorge ist zweifellos noch sehr verbesserungsbedürftig, namentlich hinsichtlich des Rechtsanspruches und der Verwaltung. Was aber das Reichsarbeitsministerium vorschlägt, sind keine Verbesserungen. Es will nach § 13 des Entwurfes unter Einkalkulation des Versicherungsprinzips nur demjenigen Arbeitslosen eine Erwerbslosenunterstützung gewähren, der „in den 24 Monaten vor dem Eintritt der Arbeitslosigkeit während 26 Wochen Beiträge geleistet hat“. Diejenigen Arbeiter also, die von der Arbeitslosigkeit am schlimmsten betroffen sind, indem sie sehr lange arbeitslos waren, und daher nicht Gelegenheit hatten, wieder die Anwartschaft zu erwerben, würden von vornherein von der ferneren Unterstützung ausgeschlossen sein. Nach § 12 haben Arbeitslose, deren Arbeitslosigkeit durch Ausstand oder Aussperrung ganz oder überwiegend verursacht ist, keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Es sollen also nicht nur diejenigen, die streiken oder ausgesperrt sind, keine Unterstützung bekommen, sondern auch diejenigen sollen von der Unterstützung ausgeschlossen bleiben, die nur indirekt von dem Streik oder der Aussperrung betroffen worden sind. Sie sollen (obwohl sie Beiträge gezahlt haben!) auch nichts bekommen, wenn der Streik oder die Aussperrung zu Ende ist. Die infolge eines Streiks oder einer Aussperrung auf die Straße geworfenen Arbeiter sollen nach vier Wochen lang befristet werden, indem sie erst mit Beginn der fünften Woche ab nach dem Streik oder nach der Aussperrung wieder unterstützungsberechtigt werden. Wer vom Unternehmer ausgesperrt wird, hat dadurch bewiesen, daß er ein schlechter Kerl ist, und die Arbeitslosenversicherung sperrt ihn infolgedessen ihrerseits nach vier Wochen aus, obwohl er Beiträge gezahlt hat! Man sieht, daß diese Arbeitslosenversicherung zugleich ein kleines Antistreikgesetz ist. Nach den Vorschlägen des Reichsarbeitsministeriums sollen außerdem grundsätzlich von der Arbeitslosenunterstützung u. a. ausgeschlossen bleiben, wer das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, wer in der Land- und Forstwirtschaft tätig oder wer mit häuslichen Diensten, insbesondere als Hausgehilfe, beschäftigt ist.

Die Arbeitergewerkschaften würden gut tun, wenn sie dieses Problem einer eingehenden Debatte unterziehen würden. Sie können unmöglich der Auffassung huldigen, den einzelnen für die Schäden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verantwortlich zu machen. Im Gegenteil, die Gesamtheit hat für den einzelnen einzutreten. Das Korrespondenzblatt des L. D. G. B. spricht in seiner Nummer vom 31. Dezember 1921 die Vermutung aus, daß diejenigen, die für eine Arbeitslosenfürsorge und gegen eine Arbeitslosenversicherung sind, vielleicht gar auch den Fürsorgegedanken noch mehr als bisher in der jetzigen Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung zum Durchbruch bringen wollen. Das ist allerdings der Fall. Namentlich aber ist die Fürsorgepflicht gerade den Arbeitslosen gegenüber unbedingt notwendig, weil hier die Abschaffung ein Rückschritt wäre und weil die vom Reichsarbeitsministerium verlangte Beitragspflicht und Kapitalansammlung für die geplante Arbeitslosenversicherung gesetzlich festgelegt werden soll, bevor auch nur im entferntesten die Rechte dieser Beitragspflichtigen sichergestellt sind.

## Waffenlager in Cottbus

Wie der „Vorwärts“ aus Cottbus berichtet, wurde dort am Montag in der Wohnung eines Reichsbankbeamten nach militärischen Gegenständen gehäusucht. Es wurden 85 vollständige Militärwaffen, teils neu, teils neu instandgesetzt, gefunden. Die Ausstattungen befanden sich in acht großen Säcken und sind offenbar nur der Teil eines größeren Bestandes, der nach Cottbus zur Ausrüstung rechtspolitischer Organisationen verschoben worden ist. Wie der „Vorwärts“ behauptet, soll sich die Polizei bei der Durchsichtung sehr auffällig benommen haben. Der Bankbeamte Mantewel, bei dem die Durchsichtung stattfand, konnte seine Mitbewohnerinnen rechtzeitig warnen und die weiteren Spuren verwischen. Auf alle Fälle scheinen in Cottbus auch größere Mengen von Waffen verborgen zu sein.

## Fritz Reuter nach seiner Festungstid

Das Fritz Reuter-Museum in Eisenach hat in diesen Tagen ein Original-Witzgeßuch Fritz Reuters an das Württembergische Staatsministerium erworben. Mit diesem Schreiben bittet der damalige Studiosus Reuter, der sieben Jahre Festungshaft verbüßt hatte im Oktober 1840 darum, zum Besuch der Universität in Tübingen zugelassen zu werden. Das Schreiben, das die politischen Leiden des jungen Jenenser Studenten Reuter stark beleuchtet, lautet:

Unterwürfigste Bitte des Studiosus Reuter aus Stadenhagen in Mecklenburg um Zulassung zum Besuche der Universität zu Tübingen.

Einem Höchstpreislichen  
Königlichen Ministerium.

Habe ich Folgendes ehrerbietigst vorzutragen?  
Ich bin der Sohn des Bürgermeisters Reuter zu Stadenhagen in Mecklenburg-Schwerin und bin Michaelis 1831 von der Schule mit dem Zeugnis der Reife auf die Landes-Universität Rostock abgegangen um Jurisprudenz zu studieren, nach einem halben Jahr ging ich nach Jena, woselbst ich bis zum Februar 1833 blieb und darauf mit einem günstigen Abgangs-Zeugnis nach Hause zurückkehrte. Bald jedoch wurde an meinen Vater die, in Jena sogenannte, Maßregel geschickt, ohne daß ich wußte, weshalb ich durch dieselbe zu bestrafen sei. Nachdem ich ein halbes Jahr zu Hause gewesen war, wurde ich auf der durchreise durch Berlin zur Unterbindung wegen verbotener, politischer Verbindungen wegen und nach einem einjährigen Untersuchungs-Arrest auf die Festung Silberberg abgeführt, woselbst mir im Januar 1837 das Urtheil publicirt wurde, welches dahin lautete: daß ich wegen Theilnahme an der hochverrätherischen Verbindung Germania zu Jena zum Tode zu verurtheilt sei. Dies Erkenntnis wurde jedoch gleich bei der Bekanntmachung derselben in 30jährige, und durch die Gnade Sr. Majestät des Höchstseligen Königs von Preußen in 8jährige Festungs-Strafe verwandelt. Nachdem ich sieben Jahre hindurch auf verschiedenen preussischen Festungen und in der letzten Zeit auf der mecklenburgischen Festung Dömitz meine Strafe abgehüßt habe, bin ich jetzt nach langer Straffreiheit durch die Amnestie Seiner Majestät des regierenden Königs von Preußen meiner Haft entlassen und habe den Entschluß gefaßt, das von mir früher ergriffene Studium der Rechte wieder fortzusetzen.

Unbekannt mit den Verhältnissen bin ich hieher nach Tübingen ohne andere Papiere, als mein Abgangszeugnis von der Schule und einen mecklenburgischen Regierungspass mitzubringen. Ich bin jedoch erdörtig diese meine Aussage durch Zeugnisse zu belegen,

## Die Anpassung an das Verfassungsrecht

Zu der durch eine Korrespondenz verbreiteten Meldung, daß der Entwurf zum Schutze der Beamten und Einrichtungen der deutschen Republik Mitte Januar dem Reichstags gehen werde, wird jetzt halbamtlich mitgeteilt, daß es sich dabei um den Gesetzentwurf zur Anpassung des Strafgesetzbuchs an das Verfassungsrecht handle. Die Vorschrift, auf die die Meldung Bezug nehme, lautet:

„Wer die verfassungsmäßige Staatsform oder die Reichs- oder Landesfarben öffentlich beschimpft, wird mit Gefängnis bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe bis zu 500 000 Mark sowie auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter erkannt werden.“

Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen zu Gewaltthatigkeiten gegen die Person des Staatsoberhauptes oder eines Mitglieds der Reichsregierung oder einer Landesregierung auffordert oder anreizt.“

Bei der Beratung dieses Gesetzentwurfes im Reichstag wird dafür zu sorgen sein, daß ein wirklicher Schutz der republikanischen Einrichtungen gegen die Angriffe von monarchistischer Seite geschaffen wird. Dazu gehört freilich nicht nur ein einzelner Paragraph, sondern eine Umgestaltung unseres gesamten Strafgesetzwesens und die Beseitigung aller reaktionären Elemente aus Justiz und Verwaltung. Sonst könnte es leicht dahin kommen, daß aus einer Vorschrift zum Schutze der Republik ein Schutzmittel für die Monarchisten wird.

## Helfershelfer der Reaktion

Den bayerischen Festungsgefangenen in Niederschönenfeld war vor einiger Zeit aus Amerika ein größerer Geldbetrag geschickt worden. Es handelte sich um 20 000 Mark, die unter die Gefangenen verteilt werden sollten. In einer Zuschrift aus Bayern an den „Vorwärts“ wurde daraufhin behauptet, daß der bekannte Anarchist Erich Mühsam die Verteilung eigenmächtig vorgenommen habe und zwar dergestalt, daß er einen Verteilungsplan aufstellte, nach dem ihm etwa 19 000 Mark zugeschrieben wurden, während die Restsumme den übrigen Gefangenen zukommen sollte.

Diese Behauptung ist von Mühsam bestritten worden, und jetzt teilt dessen Rechtsanwalt, Herr Dr. Philipp Löwenfeld, dem „Vorwärts“ mit, daß der genannte Verteilungsplan eine glatte Fälschung sei. Der Urheber dieser Fälschung soll der ehemalige Festungsgefangene Wilhelm Duske sein, der bis vor kurzem Bezirksvorsteher des Bezirks Südbayern der R. P. D. war. Duske hatte sich während seiner Festungshaft einer schweren Verleumdung gegen die Anstaltsbeamten schuldig gemacht und stand dieserhalb vor dem Strafgericht. Obwohl ein solches Vorgehen in der Regel dahin führt, daß den Gefangenen keinerlei Erleichterungen mehr gewährt werden, bekam Duske einige Zeit später Bewährungsfrist für den Rest seiner Strafe und wurde aus der Haft entlassen. Dieser Duske hat dann den Verteilungsplan als angeblichen Vorschlag Mühsams dem Festungsgefangenen Schwab übermittelt, und Schwab schlug ihm im Speisesaal der Festungsanstalt Niederschönenfeld unter Protest des Herrn Mühsam an. Dort las ihn der Festungsgefangene Murböck, der ihn, mit Recht empört, der Presse übermittelte.

Nach dieser Darstellung scheinen die kommunistischen Festungsgefangenen ihren Leidensohnen gegenüber eine mehr als merkwürdige Rolle zu spielen. Rühmlicher ist natürlich auch in diesem Falle einzig und allein die Reaktion.

## Die neue Reinigung beginnt

In der „Roten Fahne“ wird mitgeteilt, daß in der letzten Zentralvorstandssitzung von Berlin-Brandenburg mit allen gegen 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen worden sei, den Stadtverordneten Friesland (Ernst Reuter) aus dem Stadtparlament abzuberufen, da seine Haltung, insbesondere seine Proklamation sowie sein mit Brah und Mahajohn verfaßter Aufruf die Organisation veranlassen anzunehmen, daß Friesland im Stadtparlament gegen seine eigene Partei sprechen könnte. Die Rücktrittserklärung sei an die Stadtverordnetenversammlung einge-

namentlich durch ein Zeugnis der mecklenburgischen Regierung, daß ich während der Zeit meiner Haft, so viel ihr bekannt, von den jugendlichen Verirrungen zurückgekommen sei, und daß ich auf der Landes-Universität Rostock unbedenklich würde aufgenommen sein.

Meine Untersuchungs-Akten weisen aus, daß ich dem Frankfurter Attentat durchaus fremd bin, wie dies denn auch bei allen Studierenden in Jena der Fall ist, und daß ich freiwillig schon im Januar 1833 aus jener verbotenen Verbindung ausgetreten bin.

Sollte nicht durch eine siebenjährige strenge Haft ein Verbessern abgehüßt sein, das mehr in jugendlicher Ueberreife, als in vorbedachter Absichtlichkeit bestand, sollte diese Strafe, obgleich sie durch die Gnade Seiner Majestät des Königs von Preußen der Vergessenheit übergeben ist, stets störend eingreifen in die Verhältnisse meines spätern Lebens und namentlich in solche, durch welche ich mich befähigen will ein brauchbares Mitglied meines Vaterlandes zu werden? Ein Höchstpreisliches Königliches Ministerium, hoffe ich, wird allgerneidigt geraden meiner Bitte um Zulassung zum Besuche der hiesigen Universität zu willfahren, zumal ich mich der strengsten Bewachung unterziehen werde, da der Zweck meines Hierseins kein anderer ist, als durch den äußersten Fleiß die Hönen, verlorenen Jugendjahre zu ersetzen, und, wenn dies auch unmöglich ist, doch die Folgen solchen Verlustes, so viel als möglich ist, ungeschädlich zu machen.

In der Hoffnung, daß Ein Höchstpreisliches Königliches Ministerium mir dieselbe Erlaubnis ertheilen wird, die meinen früheren Mitschuldigen bereits auf den preussischen und sächsischen Universitäten geworden ist, verharre ich

Eines Höchstpreislichen Königlichen  
Ministerii

allerunterwürdigster  
F. Reuter

Tübingen d. 24sten October  
1840

Ausstellungen. Mit der Bildersammlung Oskar Fischers, Walf Laurent und Max Vand, sowie einigen in Messina geschichtlichen Arbeiten von Warnede eröffnet die „Korntheater“ ihre erste Ausstellung in der Wilmersdorfer Straße 66 in eigenen Räumen (Ihre holländische Ausstellung im Kronprinzenpalais hebt nach in guter Erinnerung), die einen prachtvoll frischen und lebendigen Eindruck macht. Wenn die weiteren Ausstellungen auf dieser Höhe bleiben, verbietet die „Korntheater“ sich unseren Dank. Ihre Courage, ihre heitere, freundliche Spannung geben dieser Ausstellung einen Wert, der in der allgemeinen Müdigkeit doppelt erstreut, aber auch für die Zukunft verpfändet.

Der große Auleraum mit den abstrakten Bildern Oskar Fischers und Walf Laurents ist ein wunderbarer Anblick, und die von Fischer mit einem ganz sicheren Kö-

standt worden und gleichzeitig Friesland, die Fraktion sowie die Reichszentrale davon benachrichtigt worden.

Schnell verläßt die kommunistische Herrlichkeit. Noch vor einem Vierteljahr prangte Frieslands Name an der Spitze der kommunistischen Stadtlifte, er war damals also beurlaubt, das Banner seiner Partei voranzutragen. Heute aber ist er in Ungnade gefallen, das Feld beherrschend Ruth Fischer, Maßlow und die anderen „linken Geis“. Man wird jetzt abwarten müssen, ob Friesland selbst bereit ist, sein Stadtparlamentmandat niederzulegen.

## Der Reichszentraler und die Gelben

Im Reichstag war von dem Abgeordneten Schred an die Regierung eine Anfrage gerichtet worden, in der Auskunft darüber verlangt wurde, „ob dem Neuen Deutschen Techniker-Verband und dem Deutschen Werkmeister-Bund ab 1. September 1920 monatlich 12 000 M. aus Reichsmitteln gezahlt worden seien und ob ein Betrag in Höhe von 144 000 M. auf die Dauer eines Jahres fest bewilligt sei“. Darauf antwortete der Reichszentraler Dr. Wirth, daß die Reichszentrale für Helmsdienst weder in direkter noch in vermittelter Form den beiden Verbänden ab 1. September 1920 monatlich 12 000 M. aus Reichsmitteln gezahlt, noch den Betrag von 144 000 M. für die Dauer eines Jahres fest bewilligt habe. Der alte freigewerkschaftliche Deutsche Werkmeister-Verband zieht nun folgendes Schreiben ans Tageslicht:

Deutscher Werkmeister-Bund,  
Eich Ellen.

Hauptgeschäftsstelle: Küntenfelder Wagh 10.

Raitowitz, den 3. Juli 1921.

Streng vertraulich.

Wie ich Ihnen vorgestern mitteilte, hatte ich gestern und heute eine Besprechung in Breslau, und kann ich zu unserer Freude mitteilen, daß ich für diesen Monat einen Zuschuß von 5000 M. für Errichtung unseres Bureaus 10 000 M. erhielt. Ueber die weiteren Zuschüsse werde ich im Laufe dieses Monats nochmals in Breslau eine Sitzung haben, um zu versuchen, noch einen höheren Betrag heranzuziehen.

Ich bitte also, dieses Schreiben streng vertraulich zu behandeln. Wir müssen uns freuen, daß wir hier einen schönen Zuschuß bekommen. Einen ausführlichen Brief werde ich Ihnen morgen zukommen lassen. Für heute seien Sie herzlichst begrüßt.

Ihr  
gez. Schulze

Auch behauptet der alte Werkmeister-Verband, daß ihm noch weiteres Bemessungsmaterial vorliege. Es scheint also, als ob der Herr Reichszentraler von seinen nachgeordneten Instanzen nicht ganz einwandfrei unterrichtet ist. Was gedenkt er dagegen zu tun, und will er dieser Wirtschaft mit Reichsmitteln Einhalt gebieten?

## Kleine Nachrichten

Die Neuwahl des Reichspräsidenten. Nach einer Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wollen die Reichstagsfraktionen vorläufig nicht auf eine Neuwahl des Reichspräsidenten drängen, so lange nicht die Gesetzesvorlagen über den Volksentscheid u. m. verabschiedet worden seien. Vor allen Dingen habe über die Frage einer geeigneten Kandidatur trotz vielfacher Bemühungen bisher noch keinerlei Einigung erzielt werden können.

Der Reichstagsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten soll nach einer Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ nach der Konferenz von Cannes und der Rückkehr Dr. Rathenaus zu einer Aussprache über Deutschlands außenpolitische Lage einberufen werden. Ein genauer Termin für diese Einberufung ist bisher noch nicht festgelegt worden.

Aus der revolutionären Bewegung in Indien. Wie aus Simla gemeldet wird, hat der hier tagende national-indische Kongreß mit 6000 gegen 12 Stimmen den Nationalistenführer Ghandi zum Diktator der nationalen Bewegung in Indien ernannt. Ghandi wie der ägyptische Nationalistenführer Zaghlul Pascha verhaftet werden sollte, gehen die ihm übertragenen Vollmachten an einen zu ernennenden Nachfolger über.

Kongreß russischer Industrieller. In Paris findet ein Kongreß der in Frankreich anhängigen ehemaligen russischen Industriellen statt, der sich in erster Linie mit den englisch-französischen Plänen zur Wiederherstellung des russischen Wirtschaftslebens befaßt und über die Rechtslage der russischen Flüchtlinge im Auslande beraten wird.

nen farbige aufgeteilt Glaswände sind einfach eine Sehenswürdigkeit! Uebrigens sind auch die Entwürfe für die Hauswand ausgebauert, die Oskar Fischer im Auftrage des Magdeburger Stadtbaurats Bruno Laut in einfach strengen, geometrischen Formen gemalt hat und die jetzt Magdeburg empört. Wer sich an dem beglückenden Leben der Farbe zu erfreuen vermag, der sehe sich diese Ausstellung an. Einen Raum, so feilsch ohne allen Aufwand, so rein im Licht, so freudig im Klang — in Berlin gibt es keinen zweiten! Die puppenhaft frisch ist dagegen das Kaufmannsche Theater am Kurfürstendamm mit seinem Paradebett-Geschnad. (Für eine Volksoper kommt doch Kaufmann nach diesem Bekenntnis wohl nicht mehr in Frage?) Der Raum der „Korntheater“, Genossen, wird euch Freude machen und kann euch anregen, Uebliches mit den einfachsten Mitteln auch machen zu lassen oder selbst zu versuchen. Oskar Fischer wäre der richtige Mann, um z. B. die Räume in der Petersburger Straße zu wahren Festräumen zu machen. Diese Räume sollen ganz gewiß nicht „verzieren“, aber sie sollen bei größter Einfachheit freudig und klar sein. Die köstliche Deputation sollte noch einmal in die Tische greifen. — Was aber die „Korntheater“ angeht, so steht fest, daß schlechte, fragwürdige und kompromittierte Bilder in den Raum nicht hineinkommen dürfen.

Nicht übel war der Versuch Willi Breeß's, der miserablen Halle im Schulgebäude des Kunstgewerbemuseums bei einem Teil der Modellsammlung künstlerisch Herr zu werden.

Eine freudige Ueberreife ist im „Sturm“ die erste Bekanntschaft mit dem Meister Erich Buchholz, der klar und bewußt in künstlerischer Strenge arbeitet und harte Erwartungen weckt. Schade, daß nicht einmal so hohe Arbeit im Kronprinzenpalais gezeigt wird. Inakt tut einen fähigen Schritt, wenn er jetzt beginnt, die Produktion einheimischer Künstler der neuen Generation zu zeigen — und wir wollen nicht weiter kritisieren, daß es ausgerechnet die bedeutliche Arbeit eines Pechsteins ist, die den Beginn macht, wenn wir erwarten können, daß das Kronprinzenpalais über den Kreis der Modellsammlung hinausgreifen wird. Die Galerie ist verpflichtet, voranzugehen.

Die Kollektion Max Beckmanns im Graphischen Kabinett ist fächerlich sehr interessant, doch in künstlerischem Betracht fast ergebnislos. Beckmann will, etwa im Sinn eines Dix, die Zeit dokumentieren, kommt aber nur zu einer Sammlung von „Schrecknissen“. Etwas Sentimentelles haftet — wahrscheinlich gegen Beckmanns Absicht — den Bildern an, und eine Neigung zum Sentimentalen lag von jeher in seiner Malerei (sogar in ihrer naturalistischen Periode). Damals wie jetzt sind das Beste Beckmanns einige Portraits. Ganz offen liegt die Stärke seiner Begabung in Richtung des Psychoanalytischen. Einige Lithos, namentlich die „Hölle“ (Verloren I. B. Neumann, Berlin) wird niemand ohne Entzissenheit betrachten. An Beckmanns Ehrlichkeit ist überhaupt kein Zweifel, wohl aber an seiner malerischen Berufung. Es scheint mir nicht richtig, aus der inneren Unklarheit der Bilder — Folge des fehlenden letzten Aktes! — mit Gewalt einen neuen Stil machen zu wollen. Ihr „Stil“ ist der alte Naturalismus — in einem Zerrspiegel aus den Seelen gezogen.

# Ein Scherbengericht

Nicht Dichtung — sondern Wahrheit

In einer von Ernst Friesland zur Information der Parteigenossen verfassten Broschüre „Zur Krise unserer Partei“ findet sich neben einem Einführungsartikel des Verfassers außerordentlich interessantes Material zur Beurteilung der Stimmungen und Strömungen in der kommunistischen Partei. Vor allem verdient ein Protokoll der Sitzung des Politbureaus (anscheinend des Politischen Büreaus der K. P. D.) vom 12. Dezember Beachtung, das in der Fassung der Zentrale wiedergegeben wird. Da wir leider nicht über den Raum verfügen, das sehr lehrreiche Protokoll vollständig wiedergeben, drücken wir nachstehend die wesentlichen Stellen daraus aus. Ueber den Gang der Debatte in dieser Sitzung heißt es in dem Protokoll:

Meyer: „Die Situation der K. P. D. ist schwierig, trotzdem sie in mancher Hinsicht auch günstig ist, da die Lage in Deutschland ziemlich kompliziert ist. Ein wichtiges Moment für uns bildet die neue ökonomische Politik in Sowjetrußland, über deren Auswirkungen und Beziehungen zum Ausland wir leider nicht genügend informiert sind. Es wäre gut, wenn wir aus Rußland mehr Material über all diese Fragen bekommen hätten, statt dessen bekommen wir öfter Kritik, z. B. des Genossen Kadel, über die deutschen Fragen. Gen. Kamenka hat auch den Auftrag, dafür zu sorgen, daß wir in Zukunft über die russischen Fragen besser informiert werden. Gen. Meyer begrüßt den neuen Weg, den die Exekutive in den Verbindungen mit der deutschen Partei beschritten hat, indem sie ihre Meinung nicht durch öffentliche Kundgebungen, sondern durch private politische Briefe mitteilt und auf diese Weise ihre Haltung erzieht.“

(Es folgen einige unwesentliche Bemerkungen von Heimlich und Thalheimer, worauf Bloch die Offensive gegen Friesland eröffnet und ihn auffordert, seine Meinung zu den politischen Fragen zu äußern. Friesland weist zunächst auf die Erstarrung des linken Flügels der Partei hin, die weite Kreise der K. P. D. demütigen und charakterisiert dann seine Stellung zur kommunistischen Arbeitgemeinschaft.)

Friesland: „Was das Programm der K. P. D. angeht, so will ich es punktuell vornehmen. 1. Punkt: Finanzielle Unabhängigkeit von der Exekutive. Dies ist eine Lebensfrage für unsere Partei, denn ihr geistiges Leben wird durch diese Abhängigkeit stark beeinträchtigt. Sie hätte auch eine viel größere politische Selbständigkeit gegenüber der Exekutive, wenn sie finanziell nicht von ihr abhängig wäre. Die Dinge in Rußland entwickeln sich vom Kommunismus weg. Was den Zentralismus angeht, so ist er in Rußland zusammen mit der Eroberung der politischen Macht und der Diktatur hochgekommen. Die deutsche Arbeiterschaft hat ihn nur angenommen, weil sie empfand, daß sie zur entscheidenden Kampfeslinie steht und nicht in eine andere Wale eingetreten. Die ideologische Selbständigkeit unserer Partei, die ein wichtiger Bestandteil der Komintern (Kommunistischen Internationale) ist, ist unbedingt notwendig. Das bedeutet aber nicht, daß wir die Anwendung der Erfahrungen der russischen Revolution ablehnen. Wir brauchen aber geistige Bewegungsfreiheit, um die Erfahrungen der westeuropäischen Bewegung voll auswerten zu können.“ (Folgt eine Kritik der Haltung der Zentrale gegenüber der kommunistischen Arbeitgemeinschaft.) „Wenn wir die K. P. D. nach rechts drängen und sie zur U. S. B. rufen, kann die U. S. B. wieder zum Zentrum der Arbeiterbewegung werden. Wir müssen in Betracht ziehen, daß die neue russische Linie, die die K. P. D. nach dem Kongress gezogen hat, ihre Folgen innerhalb unserer Partei haben muß und auch hat. In Sachsen und Thüringen werden z. B. innerhalb der K. P. D. Stimmen laut, wir sollen in die Landesregierungen hineingehen, denn wir tragen sowieso die Verantwortung für die Regierungspolitik, können aber schlecht auf sie einwirken, wenn wir außerhalb der Regierung stehen, und wir müssen deshalb den Regierungen beitreten. Gleichzeitig gibt es Parteigenossen, die sich natürlich stark dagegen wehren.“

(Nach Frieslands Rede wird eine Pause gemacht, in der eine Besprechung mit den Vertretern der kommunistischen Internationale über die Vertretungstätigkeit des sogenannten Westeuropäischen Sekretariats stattfindet. Die Vertreter der Zentrale, Meyer und Friesland, verlangen für die deutsche Partei ein Mitspracherecht bei allen Ausgaben mit Ausnahme der offiziellen Publikationen. Klara Zetkin und andere „Amenworte“ sind lediglich für Koordination der Arbeit zwischen den Moskauer und der deutschen Partei. Am Schluß der Besprechung beantragt Friesland eine Resolution, wonach über alle Publikationen, die in deutscher Sprache erscheinen, mit Ausnahme der offiziellen Veröffentlichungen, vor dem Erscheinen eine Verständigung mit der deutschen Zentrale er-

folgen muß. Diese Resolution wird mit 6 gegen 2 Stimmen abgelehnt, wobei die Mehrheit erklärt, daß sie sachlich mit dem Inhalt der Resolution einverstanden ist, aber gegen die Annahme dieser Resolution stimmt, weil sie als ein Verstoß gegen die Exekutive ausgelegt werden könnte. Die unterbrochene Sitzung wird dann wieder fortgesetzt.)

Meyer: „In der Gesamtheit bin ich mit Friesland nicht einverstanden und bin durch seine Einstellung sehr überrascht. Friesland hat uns auch nicht gesagt, warum die K. P. D. einverstanden ist. Es ist falsch, daß dem geistigen Leben der Partei geholfen wäre, wenn wir kein Geld von ihnen bekommen hätten. Die geistige Unabhängigkeit muß bestehen und würde bestehen, auch wenn wir keinen Pfennig Geld bekommen hätten... Was die fünf Punkte anbelangt, so besteht unter ihnen eine gefährliche Auffassung, eine Auffassung Frieslands im kommunistischen Lager. Ich sehe nicht, worin sich Friesland von der K. P. D. unterscheidet. Ich sehe in der K. P. D. mehr, als um den Streit um die Komintern. Sie ist gegen eine kommunistische Partei und auch gegen die kommunistische Internationale. Was die Stellung der Profintern (Rote Gewerkschaftsinternationale) anbelangt, so fühlen wir alle, daß diese Frage noch ungeklärt ist und dringend einer Klärung bedarf (!). Ich persönlich wäre dafür, daß die Profintern zu einer Gemeinschaftsorganisation der Komintern würde. Wir müssen diese Frage mit aller Gründlichkeit in Moskau stellen und Kamenka muß dort in diesem Sinne wirken.“

(Schmidt stimmt Friesland in einigen Dingen zu, verwirft aber keine allgemeine Einstellung und verlangt von der Zentrale, daß der Kampf gleichzeitig gegen die K. P. D. und gegen den linken Flügel geführt werden soll. In ähnlichem Sinne äußert sich Klara Zetkin, die wörtlich erklärt: „Wir müssen mit der Partei fertig werden und den Kampf mit der K. P. D. aufnehmen.“)

Bloch: „Wir diskutieren schon seit dem Zentralauslaß über die Einstellung von Friesland. Unsere Partiarbeit wird dadurch sabotiert. Da besteht, daß Frieslands Linie von der Linie der Zentrale abweicht. Beantragung ist die Aufhebung des Generalsekretariats und die Leitung der Partei durch ein engeres Kollektiv, durch engere Zusammenarbeit der Leiter des Politbureaus und der Zentrale. Friesland will harten Kampf gegen links, aber seinen Kampf gegen rechts. Wir sind damit nicht einverstanden. Wir können in Rußland sagen, daß die Situation günstig für unsere Partei ist (!). Wir dürfen uns nur nicht innerhalb unserer Reihen zerstreuen.“

(Es folgen einige Bemerkungen von Walscher, Bloch, Thalheimer und Hecker, worauf das Scherbengericht gegen Friesland seinen Höhepunkt erreicht.)

Walscher: „Nach den Erfahrungen der letzten 14 Tage bin ich seitens Frieslands noch auf schlimmere Dinge gefaßt und bin deshalb nicht überrascht. Es genügt nicht, daß Friesland nicht mehr Generalsekretär ist, er muß auch garantieren, daß er nach außen hin die Linie der Partei vertritt wird. Schmidt hat recht, daß auch nach links vorgegangen werden muß. Ich bin aber der Meinung, daß Friesland nach Moskau gehen soll, um sich eine kalte Dusche zu holen.“

Friesland: „Ich fordere die Genossen auf, mit moralischen Beschuldigungen aufzutreten oder Beweise dafür zu erbringen. Wenn hier die Frage gestellt wird, daß ich nicht mehr Generalsekretär sein soll, so hat die Zentrale darüber zu entscheiden. Ich sehe die Gefahr, daß die K. P. D. richtige Fragen aufwirft und die Partei nur deshalb, weil sie die K. P. D. stellt, sie verneint. Denn ist nur aus organisatorischen Gründen ausgeschlossen worden. Die Frage steht nun noch offener. Ich sehe nicht ein, welchen Zweck meine Reise nach Rußland jetzt haben soll und bin deshalb nicht gesonnen, nach Rußland zu gehen.“

Klara Zetkin: „Ich bin dafür, daß Friesland nicht trotz, sondern gerade wegen seiner Stellungnahme nach Rußland gehen soll.“

Schmidt: „Ich bin nicht dafür, daß Ruth Fischer unbedingt heute abgehängt werden soll, aber ich schlage vor, sich ernstlich mit Berlin zu beschäftigen und die Linke politisch zu bekämpfen. Vielleicht wäre es rationell, eine Oberbezirksleitung mit Berlin zusammen zu schaffen.“

Meyer: „Friesland hat kein politisches Vertrauen mehr zur Zentrale und sucht Anlehnung an die Genossen, die mit der K. P. D. sympathisieren.“ Meyer ist auch dafür, daß Friesland nach Moskau geht.

Heinrich: „Ich wollte zuerst nicht das Wort ergreifen, weil ich der Auffassung bin, daß in diesen Fragen in erster Linie Mitglieder der Zentrale sich zu äußern haben. Jetzt aber muß ich feststellen, daß es absolut unmöglich ist, daß Friesland Generalsekretär bleibt. Ich gehe noch weiter und frage, ob er überhaupt bei seiner Einstellung, die die Einstellung der K. P. D. ist, an politischer führender Stelle weiter bleiben kann.“

dhnen. Um 1840 waren diese Inseln zeitweilig von französischen und amerikanischen Walfischfängern besucht; aber als der Ertrag des Walfischfangs immer geringer wurde, blieben die Inseln vollkommen verlassen und sind in den letzten 50 Jahren nur von ein oder zwei Menschen betreten worden. Die einzige Beschreibung, die bis von diesem Archipel gegeben worden ist und sehr merkwürdige Tatsachen enthält, ist die von Matthew Flinders aus dem Jahre 1802. Die Erforschung der Welt ist die Hauptaufgabe der neuen Expedition. Auf der Mondrain-Insel wurden Granaten gefunden, und man stieß auf einen rosafarbenen Saft. Robben waren in Hülle vorhanden, die einen rötlichen Beiz besitzen, und interessant war auch die große Zahl der kleinen blauen Pinguine. Auf den größeren Inseln stieß man auf kleine Kämpfe. Besonders interessant sind die bereits von Flinders erwähnten großen, aus Steinen gefertigten Keller, die Flinders als die Bauten riesiger Tullen angab, die aber wohl eher von Aeltern herrühren werden.

Ein neues Mineral. Nach einer Erklärung des Professors Schoel in einer Sitzung der Pariser Akademie der Wissenschaften ist im belgischen Kongo bei Bololo ein neues Mineral gefunden worden, das dieselben hokeausstrahlenden Eigenschaften hat, wie das Radium. Dieses „Radium“ genannte Mineral hat das Aussehen eines gelblichen Kristalls, das sich aber verändert, wenn Hitze abgegeben wird und das Mineral an Substanz verliert.

Speech, Chor für die proletarischen Kierzkunden. Morgen Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr pünktlich, in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Steinstraße, Nebungshunde. Alle Mitglieder müssen pünktlich erscheinen. Männer und Frauen sind als neue Mitglieder willkommen. Anmeldungen werden im Nebungshunde entgegen genommen.

## Tages-Notizen

Kulturbüro (Theater an Wilhelmplatz) Freitag, hat „Kapitän Trubchen“ (Hörig) „Leut.“

Wald in der Grotte. In dem am Sonntag, vormittags 11 1/2 Uhr, stattfindenden Sonderkonzert wird J. S. Bachs „Wald“ (G. Dur.) und G. Dur. „Kaiserkonzert“ von M. J. S. spielen. Die Eintrittspreise übernimmt die Kapelle der Grotte. Dirigent: Leo Bloch. Freie der Plätze 2 bis 7, 10.

Wald. Die Max Wedmann-Kommission im Sophien-Kabarett. A. W. Wedmann (Rudolfstr. 222) ist bis zum 15. Januar verlagert worden. Die Theater-K. P. D. hat die Leitung der Grotte übernommen. Die Grotte wird am Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, mit einer Kollektiv-Kabarett-„K. P. D.“ (Hörig) arbeiten und wieder kollektive Kabarett-„K. P. D.“ (Hörig) spielen. Die Eintrittspreise übernimmt die Kapelle der Grotte. Dirigent: Leo Bloch. Freie der Plätze 2 bis 7, 10.

Wald. Die Max Wedmann-Kommission im Sophien-Kabarett. A. W. Wedmann (Rudolfstr. 222) ist bis zum 15. Januar verlagert worden. Die Theater-K. P. D. hat die Leitung der Grotte übernommen. Die Grotte wird am Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, mit einer Kollektiv-Kabarett-„K. P. D.“ (Hörig) arbeiten und wieder kollektive Kabarett-„K. P. D.“ (Hörig) spielen. Die Eintrittspreise übernimmt die Kapelle der Grotte. Dirigent: Leo Bloch. Freie der Plätze 2 bis 7, 10.

Friesland wirft ein: „Sie beantragen also meinen Ausschluß?“

Bloch: „Heinrich hat die Logik für sich und theoretisch bin ich mit seinen Ausführungen einverstanden. Eine starke Zentrale könnte und mühte Friesland ausschließen. Aber wir sind keine starke Zentrale und können es plötzlich nicht werden. Deshalb beantrage ich, daß der Posten des Generalsekretärs aufgehoben wird und Friesland nach Moskau geht. Er hat sich dort schon einmal unstimmen lassen. Vielleicht geschieht es jetzt wieder.“

Meyer wendet sich gegen den Ausschluß Frieslands aus der Zentrale.

Schmidt wendet sich auch gegen den Ausschluß Frieslands aus der Zentrale. Er aber für die Niederlegung des Amtes als Generalsekretär.

Friesland sagt, daß er selbstverständlich sein Amt als Generalsekretär nicht behalten kann.

Es wird abgestimmt, ob das Generalsekretariat abgeschafft werden soll, was mit 5 gegen 3 Stimmen beschloffen wird. Dann wird abgestimmt, ob Friesland nach Rußland gehen soll. Mit 6 gegen 2 Stimmen wird das beschloffen.

Was geschah im Jahre des Heils 1921, am 12. Dezember, in der Sitzung der höchsten Instanz der kommunistischen Partei Deutschlands, die bekanntlich an der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung und der kommunistischen Weltrevolution steht.

## Zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit

Der Magistrat Berlin teilt mit:

Nachdem die verfassunggebende preussische Landesversammlung das Gesetz betreffend die Vollendung des Mittelkanals und die durch sie bedingten Ergänzungsbauten an vorhandenen Wasserstraßen am 4. Dezember 1920 beschloffen hat, sind bisher lediglich Kanalbauarbeiten an der Verlängerung des Kanals vorgenommen worden.

Im Hinblick auf die vorhandene Arbeitslosigkeit, welche zufolge des Mangels an ausländischen Rohstoffen im kommenden Frühjahr katastrophal zu werden droht, erscheint es dringend geboten, mit der eigentlichen Ausführung des Mittelkanals auf der ganzen Linie zu beginnen. Gerade der Kanalbau erscheint als geeignetes Objekt zur Behebung der Arbeitslosigkeit, da er bei seinem großen Umfange eine bedeutende Anzahl von Arbeitnehmern, insbesondere an ungelerten, zu beschäftigen vermag und die am Ort zu leistende Arbeit die Materiallieferung bei weitem überwiegt, aber auch durch letztere finden indirekt die beteiligten Baustoffindustrien weitgehende Arbeitsgelegenheit unter Ausnutzung unserer heimischen Rohstoffe. Die Erwerbslosenfürsorge würde also durch eine umfassende Ausführung des Kanalbaus eine nicht hoch genug anzuschätzende wirksame Erleichterung erfahren.

Ein weiterer Grund für den beschleunigten Bau des Mittelkanals dürfte aber die endliche Schaffung einer leistungsfähigen Wasserbindung zwischen West- und Mitteldeutschland zur Entlastung der Eisenbahnen sein, da der Mangel an einer solchen gerade jetzt in Verbindung mit der ins Stocken geratenen Wagnenstellung der Bahnen eine das Wirtschaftsleben empfindlich lähmende Verkehrslücke zur Folge hat, abgesehen davon, daß eine mögliche Verbilligung der Transporte, besonders der Massengüter, durch den Wasserweg von hervorragender volkswirtschaftlicher Bedeutung ist und der Verkehr auf einem Kanal von Wasserstraßen, unter denen die natürlichen Flußläufe zeitweise sehr zu leiden haben, unabhängig ist.

Der Magistrat hat sich nunmehr unter Hinweis auf diese Umstände an den Reichsverkehrsminister und an den Reichsarbeitsminister gewendet mit der Bitte, den Bau des Mittelkanals sofort in Angriff zu nehmen.

## Die Wassersperre in der Griebenowstraße

### Ein Dringlichkeitsantrag der Rathausfraktion der U. S. B. D.

Die Rathausfraktion der U. S. B. D. wird, wenn der Magistrat in seiner Sitzung am Mittwoch nicht die Aufhebung der Wasserzufuhrsperre für das Grundstück Griebenowstr. 10-11 anordnet, in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung folgenden Dringlichkeitsantrag einbringen:

„Die städtischen Wasserwerke haben dem Grundstück Griebenowstraße 10-11 — angeblich, weil der Verwalter die Rechnungen nicht mehr bezahlt habe — die Wasserzufuhr abgeschnitten. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, aus gesundheitlichen und sittlichen Gründen diese unvernünftige Verfügung sofort aufzuheben.“

## Eine kommunale Schiedsstelle

Für die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Magistrat und Bezirken

Das Gesetz Groß-Berlin hat für entscheidende Meinungsverschiedenheiten zwischen dem zentralen Magistrat und den örtlichen Körperschaften der Verwaltungsbezirke in den §§ 27 und 28 Bestimmungen getroffen, wonach für den Fall, daß der Magistrat die Beschlüsse von Bezirken aufhebt und eine Einigung zwischen den Beteiligten nicht erreicht wird, jede beteiligte Körperschaft binnen zwei Wochen vom Tage der Bekanntgabe der Bekanntgabe des Beschlusses durch den Magistrat eine Schiedsstelle anrufen kann, die endgültig entscheidet. Diese Schiedsstelle setzt sich zusammen aus zwei von der Stadtverordnetenversammlung und zwei von den Bezirksversammlungen gewählten Mitgliedern, zu denen ein von ihnen gewählter Obmann als Vorsitzender tritt. Wird keine Einigung über den Obmann erzielt, so wird er vom Oberpräsidenten ernannt. Im übrigen wird die Zusammenlegung und das Verfahren der Schiedsstelle durch Gemeindebeschlüsse geregelt mit der Maßgabe, daß grundsätzlich der in einem Beauftragungsfall beteiligte Bezirk bei der Entscheidung über diesen Fall in der Schiedsstelle vertreten sein muß.

Entsprechend dieser letzten Bestimmung hat der Magistrat den Entwurf eines Gemeindebeschlusses über die Bildung der Schiedsstelle aufgestellt und unterbreitet ihn jetzt den Stadtverordneten. Er ist dabei von der Grundfrage ausgegangen, daß je zwei Mitglieder der Schiedsstelle von der Stadtverordnetenversammlung und jeder Bezirksversammlung auf Grund der Verhältnismäßigkeit für die Dauer der Wahlzeit dieser Körperschaften gewählt werden. Da die von der Bezirksversammlung zu wählenden Mitglieder der Schiedsstelle wechseln, ist die Wahl des Obmanns von Fall zu Fall vorzugehen. Dabei ist auch die Möglichkeit gegeben, eine für die Dauer der Wahlzeit zu entscheidenden Fällen besonders geeignete Persönlichkeiten heranzuziehen. In die wissenschaftliche Vorbildung dieser Persönlichkeiten sollen besondere Anforderungen gestellt werden, weil die Schiedsstelle unter Umständen außerordentlich wichtige Entscheidungen endgültig zu treffen hat. Die Schiedsstelle ist eine behördliche Verwaltungsstelle, die ihre Entscheidungen unter Berücksichtigung aller Umstände und ohne einen ins einzelne gehenden Zwang wegen des zur Klärung des Sachverhalts zu beobachtenden Verfahrens erläßt.

Bezirksversammlung Berlin-Mitte heute 6 1/2 Uhr im Rathaus, Stadtverordnetenversammlung.

Neues Reichsgeld. In der staatlichen Münze und im Reichsfinanzministerium sind die Vorbereitungen für die Neuprägung von 1-, 2- und 5-Mark-Stücken zu einem gewissen Abschluß gekommen. Im Frühjahr wird voraussichtlich mit der Ausprägung der Stücke begonnen werden, die aus Aluminium mit einem Kupferlegern bestehen. Die neuen 1- und 2-Mark-Stücke sind etwas größer als die alten Münzen, das 5-Mark-Stück dagegen hat nur die Größe des alten 3-Mark-Stückes. Für die Beschriftung werden

Eine umfangreiche Ausstellung bei Fränkel gibt willkommene Gelegenheit, die Arbeit Artaud Segals, auf die hier mehrfach hingewiesen wurde, in ihrer Entwicklung seit 1890 zu studieren. Eine illustrierte Broschüre Ludwig Hilberschmeyer erleichtert dieses Studium. Adolf Behne

Pumpy Bogabundus (Staatsfeind). Soweit eine kleine Krippe es heute schon zuläßt, will ich versuchen, den Eindruck wiederzugeben, den die Silberhochzeit auf mich gemacht hat. Die Handlung spielt im Frankreich, in Lim, in Prag und in Wien. Wer kennt die Verquickung der Dinge? In diesen Händeln von Ketzern und Rattmord ist ein Stück Orient mit einem Stück kleinbürgerlichem Norden vereinigt. Etwas Heidenisches, Unchristliches spukt herein, die alten Göttergötter lachen die Pfaffen aus, und mitten in Städten und auf Landstrichen spielen sich die entzückendsten Märchen ab, gleichsam illustrierte Eposchwärmer, mit all den Moralitäten und all dem Heimweh und Schrecken, der allen Träumen eigen ist.

Die drei liebreichen Handwerksburschen, die das große Los gewinnen und sich durch lachendes Glück und Unglück treiben, bis sie beim Andernwerden enden, wie alles, was altern muß und Ruhe haben will, sie wurden von Laubinger, Girich und Ellinger mit bester Künstler- und Silvesterkunst gespielt. Besonders der Schreiber (Hörig) brachte durch sein vornehmeres Gezapfel und seine Musikalität das Publikum in allerbeste Stimmung, und der Regisseur und echt wienerische Schalter Ellinger gab sogar einen hübschen Vers aus Jessners Teufeltreppe zum Refrain. Die Regie selbst war etwas kunterbunt, aber wir wird am Silvester rechten und rechten? Das Stück zeigte wieder, daß die alten Wiener Volkspoesen es mit jedem neueren heitern und frischen Stück aufnehmen, sobald sie gut beliebt sind. A. N.

Angela Canna: Der Wermoll. (Lupicichaus.) Wenn es richtig ist, was der Autor dieses Lustspiels im Programm erzählt, nämlich, daß er nie an eine Aufführung seines Stückes gedacht habe und daß daran nur eine bestimmte Freundin Schuld sei, die es überlebt habe, so sind auch wir der Meinung, daß die Welt nichts verloren hätte, wenn dieses Stück unaufrichtig gelächelt wäre. Epanisch ist daran nichts als (angeblich) der Verfasser, die Namen der Personen und der Ort der Handlung. Sonst ist es eines der zahlreichen französisch-tuenden Gesellschaftsstücke mit geistreicher Oberflächlichkeit und sexuellem Raffinement, und zwar eines von denen, die weder Literatur, noch die Leser der „Freiheit“ etwas angehen. Die Originalität des Stückes besteht darin, daß es den Spiritismus als Urheber zahlreicher komischer und pikanter Bemerkungen bringt. Gute Darstellung, prächtige Kostüme. Schöner als das alles die farbenreichen Bühnenbilder Cosar Kleins. L. L.

Eine australische Entdeckungsgreise. Eine der am wenigsten bekannten Inselgruppen der australischen Küste ist der sogenannte Archipelago der Recherche, der jetzt durch eine Entdeckungsfahrt erschloffen wurde. Die Expedition wurde von dem Australischen Museum zu Sydney ausgesandt und von dem Naturforscher B. Haffel Hull geleitet. Der Recherche-Archipel ist ein Labirinth von Inseln, Riffen und Felsen, die sich an der Südwestküste Australiens fast 300 Kilometer weit von Osten nach Westen aus-

